

SED-Diktatur, durch die zivilgesellschaftliche Erosion der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend zusammengebrochen war, blühte in den rot-grünen Jahren wieder auf. Die Buchpreisbindung, ohne die verlegerische und buchhändlerische Vielfalt nicht möglich wäre, wird durch Bundesgesetz gerettet. Das dreißig Jahre alte und mit den Namen Willy Brandts und Günter Grass' verbundene und bislang am Widerstand der Länder gescheiterte Projekt einer nationalen Kulturstiftung wird Realität. Der deutschen Filmkultur wird endlich die Aufmerksamkeit zuteil, die sie verdient. Man könnte diese Liste lange fortsetzen.

Wie erfolgreich diese Idee Gerhard Schröders war, das Amt eines Kulturstaats-

ministers einzurichten, zeigte sich bei seinem Abtritt als Bundeskanzler. Die Union, die dieses Amt vor allem in den Ländern, aber auch im Bund von Anbeginn vehement bekämpft hatte, betraut nun einen der ihren mit dem Amt des Kulturstaatsministers bei der Bundeskanzlerin. Das Kulturstaatsministerium, um es einmal – nicht ganz korrekt – so zu benennen, ist ebenso wie die Kulturstiftung des Bundes nicht mehr wegzudenken. Der deutsche Nationalstaat weist nun auch kulturpolitische Charakterzüge auf, die nicht in der Vielfalt kommunaler und regionaler Kulturpolitik untergehen. Die Jahre der Sympathie zwischen Kunst und Politik haben bleibende Spuren hinterlassen.

Reinhard Bütikofer

Rot-Grün 2.0

Reinhard Bütikofer

(* 1953) ist seit 2002 Bundesvorsitzender der Grünen.

buero.buetikofer@gruene.de



Die letzte Sitzung des Koalitionsausschusses der rot-grünen Regierung 2005 war eine ziemlich lustlose Veranstaltung. Kanzler Schröder und SPD-Vorsitzender Müntefering hatten längst, gegen den Rat von Joschka Fischer und Frank-Walter Steinmeier, die vorgezogene Bundestagswahl ausgerufen. Außer Wahlkampf war nicht mehr viel zu tun. Gerhard Schröder kam schon ungnädig in die Sitzung und grantele dann, weil die grüne Seite nicht unhinterfragt Hans Eichels Vorhaben zustimmen wollte noch einen Haushalt einzubringen, der aller Erwartung nach ohnehin nicht mehr beschlossen werden würde. Ir-

gendwann entschloss der Kanzler sich demonstrativ aufzuregen und er ließ eine richtige Tirade vom Stapel: falls er jemals wieder in die Lage käme, rot-grün zu koalieren, würde er sich gewiss nicht mehr gefallen lassen, dass »am grünen Wesen die Welt genesen« solle. Gerade in ökologischen Fragen hätten die *Grünen* doch maßlos überzogen! Auf der grünen Seite des Tisches waren die Reaktionen vor allem peinlich berührt: ER wieder. Doch als Schröder kurz darauf noch mal vom Leder zog, gab es deutliche Gegenworte. Der Kanzler stutzte, stand auf, ging wortlos aus dem Raum und kehrte nicht zurück. Die Runde packte dann bald zusammen.

Über die ZEIT verkündete Gerhard Schröder wenig später, Rot-Grün habe eigentlich sowieso nicht richtig in die Zeit gepasst.

Im Bundestagswahlkampf 2005 gab es nur noch einen Menschen, der wirklich für Rot-Grün trommelte, gegen die Stimmung im Lande, gegen die Wahrschein-

lichkeit, gegen das Wundgeriebensein anderer Akteure – Außenminister Fischer. Sein »Chef«, Schröder, steuerte bereits zu anderen Ufern. Am Wahlabend, in der denkwürdigen Fernseh-Sendung, in der er durch unbändige Arroganz Angela Merkel das politische Überleben und letztlich die Kanzlerschaft bescherte, ließ Noch-Kanzler Schröder seinen Joschka das deutlich spüren. Das sogenannte rot-grüne Projekt, jahrelang besungen, musste gar nicht umständlich abgewickelt werden, es zerbröselte einfach.

Neue Attraktivität für Rot-Grün?

Das Ende von Rot-Grün war kein Unfall. Es war folgerichtige Konsequenz des Umstandes, dass sich die SPD von den Zumutungen der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen überfordert sah. Die Reformen, die zuvor von der rot-grünen Koalition angestoßen und realisiert worden waren, folgten stärker grünen als roten Impulsen. Als die SPD aber auf dem Kerngebiet ihrer Kompetenz gefordert wurde, neue Wege zu gehen, überstieg das ihre Kraft. Sie zerfiel in sich selbst, ihre Basis ging auf Abstand oder ging ganz. Grün, obwohl vergleichsweise stabilisierender Faktor der Koalition, konnte dabei nicht effektiv helfen. Für grüne Vorhaben, Ziele oder Projekte konnte sich die Sozialdemokratie in ihrer zunehmenden Krise aber immer weniger aufraffen. Ein Beispiel war der elende Streit um den Emissionshandel, in dem Wolfgang Clement gegen Jürgen Trittin so unversöhnlich zu Felde zog wie unlängst wieder gegen Andrea Ypsilanti. Selbst sozialpolitische Anstöße wie der grüne Vorschlag Mindestlohnregelungen einzuführen, fielen bei der SPD-Führung nicht auf fruchtbares Feld. Die SPD insgesamt wusste nicht mehr, wohin sie wollte, und von dem kleineren Partner konnte sie sich das natürlich auch nicht sagen lassen. Rot-Grün endete, weil Schröder sich so entschied. Aber

einfach so weiter zu machen wäre tatsächlich auch keine Option gewesen.

Jetzt, im Herbst 2008, scheint Rot-Grün für Sozialdemokraten überraschend neue Attraktivität zu entwickeln. »SPD wirbt wieder für Rot-Grün«, schreibt das Handelsblatt. Franz Müntefering erklärt, wenn er sich was wünschen dürfte, würde er sagen: »Lasst uns Rot-Grün machen.« Hubertus Heil sieht angeblich eine Chance für Rot-Grün 2009. Hans-Peter Bartels, MdB, schwärmt sogar von künftigen gemeinsamen Wahlkampf-Aufritten von Schröder und Fischer. Vor letzterem wird uns Fischer zwar bewahren, doch inwieweit ist eigentlich dieses Rot-Grün-Revival politisch ernst zu nehmen?

Zugegeben, programmatisch ist der Abstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur SPD kleiner als der zur Union. *Grüne* fühlen sich in ihrer überwiegenden Mehr-

heit links, selbst wenn sie versuchen, aus klassischer Lagerpolitik auszubrechen. Die große Gruppe von Wechselwählern zwischen grün und rot dürfen beide Parteien nicht ignorieren. *Rote* und *Grüne* teilen viele Feindbilder. *Rote* und *Grüne* sind Freunde des Streits und neigen oft dazu, lieber Recht zu behalten als die Macht. *Rote* und *Grüne*, mich eingeschlossen, würden gerne Gesine Schwan im Schloß Bellevue sehen. Doch das war alles immer so, auch als Rot-Grün 2005 zu Ende ging.

Ansonsten: Die SPD ist heute deutlich schwächer als 2005. Ein ehemaliger Teil von ihr tritt als *Linkspartei* gegen sich selber an. Wie relevant ist Rot-Grün, solange die SPD deutlich unter 30 Prozent liegt? Die SPD hat mehrere Vorsitzende rücksichtslos verbraucht. Jetzt soll der wieder übernehmen, der 2005 die Widersprüche nicht bändigen konnte. Die SPD schaut zu, bisher ohne all zu große Gegenwehr, wie ihr Frau Merkel Stück für Stück, erst bei Familienpolitik und Integration, jetzt in puncto Bildung, Themen streitig macht, an denen Zukunftsfähigkeit gemessen wird. Die SPD will, so verstehe ich Frank-Walter Steinmeier und andere, den Agenda-Streit, der sie so gebeutelt hat, nicht mehr austragen, um ihn zu lösen, sondern sich einreden, der läge als Teil der Zeitgeschichte irgendwie hinter ihr. Kann man denn den Kampf um die Seele einer Partei hinter sich lassen? Glaubt irgend jemand wirklich, dass man so gegen die Verführung Oskar Lafontaines durchkommt?

Ich zweifle daran, dass die SPD ihre Orientierungsprobleme überspielen kann, indem sie umstandslos an eine in der Erinnerung beschönigte rot-grüne Vergangenheit anzuknüpfen versucht. Rot-Grün wird niemand überzeugen, wenn damit einfach die Kombination der heutigen SPD mit den Bündnisgrünen nach Fischer gemeint ist. Rot-Grün wird noch nicht einmal ernst genommen werden, wenn so getan wird, als sei zwischen SPD und *Grünen* das Wesentliche über den künftigen Weg

ohnehin klar, und man müsse halt gegebenenfalls noch nach arithmetischer Notwendigkeit ein bißchen gelb oder tiefrot dazu nehmen. Es ist unrealistisch, wenn manche in der SPD unter Vereinnahmung der *Grünen* über Rot-Grün reden, ohne uns gefragt zu haben. Und Sozialdemokraten, die auf die eine oder andere *ménage à trois* setzen – rot-grün-rot in Hessen, rot-grün-gelb im Bund – sollten doppelt aufpassen: dass sie nicht den grünen Partner als selbstverständlich Beteiligten voraussetzen und dass sie nicht sich selbst einreden, in einer 3-er-Konstellation ließen sich FDP oder Linkspartei auf die Bedeutung eines ergänzenden Farbtupfers zu Rot-Grün reduzieren. Andrea Ypsilanti hatte in Hessen nach der Landtagswahl auch deswegen gar keine Chance auf eine Ampel, weil sie der FDP nur die Rolle eines fünften Rads am Wagen zugeordnet hatte.

Rot-grüner Aufbruch ohne Lagerromantik

Kann es »Rot-Grün 2.0« geben? Rot-Grün müsste neu erfunden werden. »Rot-Grün 2.0« müsste grüner sein als Rot-Grün früher war. Aber gibt es wirklich einen Bedarf für Rot-Grün? Was wir brauchen ist die Verständigung einer politisch tragfähigen Mehrheit über zentrale gesellschaftliche Reformvorhaben und über eine gute Antwort auf das sich massiv ausbreitende Bedürfnis nach Sicherheit, das im allgemeinen als Linksruck der deutschen Politik verstanden und missverstanden wird. Ich bin sehr dafür, dass Bündnisgrüne und Sozialdemokraten sich darüber intensiv austauschen. Aber das funktioniert nicht als rot-grüne Exklusiv-Veranstaltung, denn gegenwärtig sind Grüne noch nicht und Sozialdemokraten nicht mehr bei hinreichend vielen Menschen als Repräsentanten von Zukunftskompetenz anerkannt. Und die gemeinsame Ablehnung schwarz-gelben Durchregierens, das nach 2009

drohen könnte, reicht alleine als Basis für eine durchsetzbare Alternative nicht aus.

Wir Grüne wollten in Hamburg mit der SPD koalieren, es reichte nicht. Wir wollen in Hessen Andrea Ypsilanti gegen Roland Koch durchsetzen und stehen dazu. Ich würde auch gerne im Saarland mit Heiko Maas zusammen dafür sorgen, dass die »PDS/ML« – »ML« bedeutet »mit La-

fontaine« und Werner Schulz war der erste, der dieses Etikett verwendete – dort nicht den Ministerpräsidenten stellt. Eine Ampel im Bund 2009 wäre meiner Meinung nach die am wenigsten schlechte von den realistischen Optionen. Aber rot-grüne Lagerromantik ist out. Der Aufbruch, den ich für nötig und möglich halte, Genossen, kommt ohne diese Krücke aus.

Frank Decker

Macht- und Programmoptionen im neuen Fünfparteiensystem

Das Aufkommen der Linkspartei gibt der SPD Gelegenheit zu einer eigenen schärferen programmatischen Konturierung. Stattdessen aber reibt sich die Partei an der lästigen Konkurrenz und trägt damit selbst dazu bei, dass die öffentliche Debatte sich weitgehend auf die »Koalitionsfrage« konzentriert.

Auch wenn sich Geschichte bekanntlich nicht wiederholt, ist doch erstaunlich, dass in den beiden Perioden (1966 bis 1982 und 1998 bis heute), in denen in der Bundesrepublik Sozialdemokraten Regierungsverantwortung getragen haben, neue Parteien im linken politischen Spektrum entstanden sind. Gewiss wäre es irreführend, *Die Grünen*, die sich in den 80er Jahren als vierte Kraft im Parteiensystem erfolgreich etablierten, eine SPD-Abspaltung zu nennen. Die Ökologiebewegung, aus der sie hervorgetreten sind, wurde aber erst durch die für Umweltfragen wenig empfängliche Wirtschaftspolitik des sozialdemokratischen Kanzlers Helmut Schmidt zu einer für die SPD gefährlichen Größe. Weil diese die Bedeutung des Jahrhundertthemas nicht erkannt hatte (von Ausnahmen wie Erhard Eppler abgesehen), konnten *Die Grünen* sich auf dem ökologischen Pol einer neuen »postmaterialistischen« Konfliktlinie positionieren und damit Wähler binden, die ansonsten wahrscheinlich bei der Sozialdemokratie gelandet (oder verblieben) wären.



Frank Decker

(* 1964) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. 2006 erschien im VS Verlag *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*

frank.decker@uni-bonn.de

Anders stellte sich die Situation im Jahre 2005 dar. Ob der Protest gegen die Schröder'schen Sozialreformen, der zur Entstehung der WASG in den alten Bundesländern geführt hat, eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie begründet, können wir dahingestellt sein lassen. Selbst wenn es so wäre, würde er an die Bedeutung des Ökologiethemas auf keinen Fall heranreichen. Ablesbar ist dies zum einen daran, dass die WASG organisatorisch tatsächlich eine SPD-Abspaltung darstellt. Solchen Abspaltungen liegen in der Regel gerade keine neuen Konfliktlinien zugrunde. Stattdessen entspringen sie der Kritik, dass sich die Herkunftspartei von den alten Konfliktlinien, die ihre Identität ausmach-